



Samstag, 06. April 2024, 15:57 Uhr
~15 Minuten Lesezeit

Die Rundfunk- Sanierung

Ein Manifest für einen neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland fand bereits zahlreiche, prominente Unterstützung.

von Das Gewerkschaftsforum
Foto: Golden-Dayz/Shutterstock.com

Sie bieten Haltung statt Meinungsvielfalt und gieren nach der Quote, statt ihren Bildungsauftrag zu erfüllen. Sie setzen Machthaber unterwürfig in Szene, anstatt sie unter Druck zu setzen. Sie verstehen sich als Sprachrohr statt als Korrektiv und beschimpfen schon mal einen großen Teil jenes Publikums, von dessen erzwungenen Beiträgen sie ihren Lebensunterhalt bestreiten. Den Lesern unabhängiger Magazine gehen die Macher in den Öffentlich-Rechtlichen oft beträchtlich auf die Nerven, und viele

schauen gar nicht mehr hin, um sich das Elend zu ersparen. Wie ist es für die Mitarbeiter, dort zu arbeiten? Nerven sie sich nicht manchmal selbst? Arbeiten sie gern unter solchen Bedingungen – sich durch schmale Meinungskorridore windend, von Korrektheitsregeln umstellt, von Programmchefs gemäßregelt, oft gerade jenen Menschen in den Rücken fallend, für die sie in ihren idealistischen Anfangstagen anspruchsvolle Information und Unterhaltung bieten wollten? Lange wurde er erwartet und erhofft: der Aufstand der Mitarbeiter öffentlich-rechtlicher Sender gegen ihre Arbeitsbedingungen. Jetzt ist es da: ein Manifest mit den Unterschriften zahlreicher teils prominenter Persönlichkeiten von innerhalb und außerhalb der Bubble, das Vorschläge für eine grundlegende Reform der einflussreichen Sendeanstalten ausgearbeitet hat. Wie sehr die Initiatoren einen Nerv getroffen haben, zeigt der Gegenwind, der ihnen entgegenschlägt. Alternative Medien sind gut – sie durch alternative Konzepte innerhalb der „normalen“ Medien zu ergänzen, ist noch besser.

Wir, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ARD, ZDF und

Deutschlandradio, sowie alle weiteren Unterzeichnenden, schätzen einen starken unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland als wesentliche Säule unserer Demokratie, der gesellschaftlichen Kommunikation und Kultur. Wir sind von seinen im Medienstaatsvertrag festgelegten Grundsätzen und dem Programmauftrag überzeugt. Beides aber sehen wir in Gefahr.

Das Vertrauen der Menschen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nimmt immer stärker ab. Zweifel an der Ausgewogenheit des Programms wachsen. Die zunehmende Diskrepanz zwischen Programmauftrag und Umsetzung nehmen wir seit vielen Jahren wahr. Wir haben dieses Manifest verfasst, damit unsere Stimme und Expertise zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im gesellschaftlichen Diskurs gehört werden.

Für eine bessere Lesbarkeit verwenden wir überwiegend das generische Maskulinum, wir sprechen explizit alle an.

Unsere Grundsätze

- Meinungs- und Informationsvielfalt
- Ausgewogenheit und Fairness
- Transparenz und Unabhängigkeit
- Förderung von Kultur und Bildung
- Bürgerbeteiligung
- beitragsfinanziert

Wo sehen wir gegenwärtig Probleme?

Seit geraumer Zeit verzeichnen wir eine Eingrenzung des Debattenraums anstelle einer Erweiterung der Perspektive. Wir vermissen den Fokus auf unsere Kernaufgabe: Bürgern multiperspektivische Informationen anzubieten. Stattdessen verschwimmen Meinungsmache und Berichterstattung zusehends auf eine Art und Weise, die den Prinzipien eines seriösen Journalismus widerspricht.

Nur sehr selten finden relevante inhaltliche Auseinandersetzungen mit konträren Meinungen statt. Stimmen, die einen – medial behaupteten – gesellschaftlichen Konsens hinterfragen, werden wahlweise ignoriert, lächerlich gemacht oder gar ausgegrenzt. Inflationär bedient man sich zu diesem Zwecke verschiedener „Kampfbegriffe“ wie „Querdenker“, „Schwurbler“, „Klima-Leugner“, „Putin-Versteher“, „Gesinnungspazifist“ und anderen, mit denen versucht wird, Minderheiten mit abweichender Meinung zu diffamieren und mundtot zu machen.

Das sorgfältige Überprüfen zweifelhafter Meldungen ist wichtig. Allerdings suggerieren sogenannte Faktenchecks oft durch ihre Machart, Überschrift und Formulierungen eine vermeintlich absolute Wahrheit, die selten existiert. Der freie gesellschaftliche Diskurs wird dadurch schmerzhaft beschnitten.

Innere und äußere Bedingungen führen dazu, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ihren journalistisch-ethischen Standards nicht mehr genügen können.

Dazu zählen innerbetriebliche Praktiken wie die schon vor Drehbeziehungsweise Reportage-Beginn feststehende Kernaussage von Beiträgen, die Zentralisierung der Berichterstattung über sogenannte Newsrooms oder Newsdesks, zu großer Zeitdruck bei der Recherche, eine überwiegend an Einschaltquoten orientierte Programmgestaltung, Sparmaßnahmen der Sender am Programm und nicht zuletzt die Tatsache, dass zwei Drittel des redaktionellen Personals nur Zeitverträge haben oder gar komplett ohne Angestelltenverhältnis als sogenannte Freie arbeiten müssen. Letzteres führt zu Existenzängsten, die wiederum entsprechend „angepassten“ Journalismus begünstigen. Aufgrund der hohen personellen Fluktuation bleibt zudem oft keine Zeit für fachlichen Wissenstransfer.

Innere Pressefreiheit existiert derzeit nicht in den Redaktionen. Die Redakteure in den öffentlich-rechtlichen Medien sind zwar formal unabhängig, meist gibt es auch Redaktionsausschüsse, die über die journalistische Unabhängigkeit wachen sollten. In der Praxis aber orientieren sich die öffentlich-rechtlichen Medien am Meinungsspektrum der politisch-parlamentarischen Mehrheit. Anderslautende Stimmen aus der Zivilgesellschaft schaffen es nur selten in den Debattenraum.

Dazu erschwert äußere Einflussnahme durch Politik, Wirtschaft und Lobbygruppen einen unabhängigen Qualitätsjournalismus. Interessensverflechtungen von Politik und Wirtschaft werden zu selten in tagesaktuellen Beiträgen aufgezeigt und erörtert. Alltägliche Recherchen bleiben im Kern oft oberflächlich.

Bei der Programmgestaltung dürfen Faktoren wie Einschaltquoten, die derzeit als allgegenwärtiges Argument für die dramatische Ausdünnung und populistische Ausrichtung der Kultur- und Bildungsangebote sorgen, keine Rolle spielen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss auch vermeintliche „Nischenbereiche“ abbilden und zu vermitteln versuchen – was seinem Bildungsauftrag entspräche, jedoch immer weniger stattfindet. Zudem darf sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht die strikt und gleichförmig durchformatierten Programme privater Sender zum (schlechten) Vorbild nehmen, wie dies aktuell weitestgehend der Fall ist. Dies gilt auch und vor allem in musikalischer Hinsicht für die ARD-Radioprogramme.

An der Auswahl der Mitglieder der Rundfunk-, Fernseh- und Verwaltungsräte, der höchsten Kontrollgremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten, sind die Beitragszahler nicht direkt beteiligt. Die Verwaltungsräte kontrollieren die Geschäftsführung der öffentlich-rechtlichen

Rundfunkanstalten, doch wer kontrolliert die Verwaltungsräte?

Das heißt: es gibt keine Partizipation der Beitragszahler bei medienpolitischen, finanziellen und personellen Entscheidungen.

Auch die Programme werden größtenteils ohne Publikumsbeteiligung erstellt. Die meisten Programmbeschwerden von Beitragszahlern finden kaum Gehör und haben entsprechend wenig Einfluss auf die Berichterstattung und generelle Programmgestaltung. Sowohl das Publikum als auch die Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks werden in der Regel nicht über die Reaktionen und Beschwerden zum Programm informiert.

Nur ein Teil der Inhalte der öffentlich-rechtlichen Medien ist im Internet abrufbar und meist nur für eine begrenzte Dauer. Diese Praxis widerspricht der Idee eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks und dem Gedanken eines universellen Wissenszuwachses im Internet.

Der neue öffentliche Rundfunk von Morgen

Das Prinzip der Rundfunkbeitragszahlung wird beibehalten. Es sichert die Unabhängigkeit des neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Das heißt: öffentlich-rechtliche Anstalten werden von der Bevölkerung finanziert, aber auch kontrolliert.

Finanzflüsse sind transparent und öffentlich einsehbar. Dies gilt insbesondere für die Budgetverteilung zwischen einzelnen Ressorts, Redaktionen und der Verwaltung. Die Bezahlung aller Mitarbeiter, einschließlich Führungsposten bis hin zur Intendanz, ist transparent und einheitlich nach einem für alle geltenden Tarifvertrag geregelt. Die Berichte der Landesrechnungshöfe sind auf den Plattformen des

öffentlich-rechtlichen Rundfunks leicht auffindbar.

Der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk verzichtet auf Werbeeinnahmen aller Art, sodass Werbeverträge nicht zu Befangenheit in der Berichterstattung führen können.

Den Beitragszahlern gehört der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk. Ihre mehrheitliche Einbindung in den Kontrollgremien ist daher selbstverständlich. Diese Arbeit wird angemessen honoriert. Sie schließt die Wahrnehmung eines weiteren Amtes, welches Interessenkonflikte birgt, aus. Die repräsentative Zusammensetzung der Kontrollgremien könnte beispielsweise nach dem Vorbild der Besetzung von Bürgerräten erfolgen. Direkte Wahl, Rotationsprinzip oder Losverfahren sind Möglichkeiten, um die Gesellschaft repräsentativ abzubilden.

Der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk fungiert als Vierte Säule der Demokratie. Im Auftrag der Bevölkerung übernimmt er wichtige Kontrollaufgaben gegenüber den Gewalten Exekutive, Legislative und Judikative. Damit er diesen Auftrag erfüllen kann, ist seine Unabhängigkeit von Staat, Wirtschaft und Lobbygruppen garantiert.

Drehtür-Effekte zwischen Politik und dem neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind dank mehrjähriger Sperrfristen ausgeschlossen; professionelle Distanz ist jederzeit gewährleistet. Jegliche Art von Interessenskonflikt wird angegeben, wie es auch in wissenschaftlichen Arbeiten üblich ist. Das Führungspersonal ist verpflichtet, jährlich einen öffentlichen Transparenzbericht vorzulegen. Führungspositionen müssen öffentlich ausgeschrieben sowie nach einem transparenten Auswahlverfahren besetzt werden und sind zeitlich limitiert. Eine Vertragsverlängerung ist nur nach Abstimmung durch die direkt unterstellten Mitarbeiter möglich.

Der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk kontrolliert die Politik und

nicht umgekehrt. Die Politik hat keinen Einfluss auf Inhalte. Es wird neutral, multiperspektivisch und zensurfrei im Rahmen des Grundgesetzes berichtet.

Dazu gehört die Verpflichtung, vermeintliche Wahrheiten immer wieder zu überprüfen. Für die Berichterstattung bedeutet dies ergebnisoffene und unvoreingenommene Recherche sowie die Präsentation unterschiedlicher Sichtweisen und möglicher Interpretationen.

Das Publikum hat einen Anspruch darauf, sich mit einem Sachverhalt auseinandersetzen und selbstständig eine Meinung bilden zu können, anstatt eine „eingeordnete“ Sicht präsentiert zu bekommen.

Meldungen von Nachrichtenagenturen werden soweit möglich nicht ungeprüft übernommen. Der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk nimmt seine Verantwortung wahr, Ereignisse jenseits von Agenturmeldungen zu recherchieren und darüber zu berichten.

Fairness und respektvoller Umgang im Miteinander stehen im Fokus unseres Handelns, sowohl innerhalb der Funkhäuser als auch mit unserem Publikum. Die Journalisten des neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunks benutzen kein Framing und verwenden keine abwertenden Formulierungen.

Petitionen und Programmbeschwerden seitens der Gebührenzahler werden vom neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk ernst genommen. Eine Ombudsstelle entscheidet über deren Einordnung, Umsetzung und Veröffentlichung. Inhaltliche Korrekturen der Berichterstattung werden an derselben Stelle kommuniziert wie die fehlerhafte Nachricht im Programm.

Zur Darstellung der politischen und gesellschaftlichen Vielfalt

gehört Lokaljournalismus als wesentliches Fundament des neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Auch Themen aus dünn besiedelten Regionen, die vermeintlich nur von lokaler Relevanz sind oder Minderheiten betreffen, müssen sich im Programm spiegeln. Die Entscheidung, auch aus Gegenden fernab von Ballungsgebieten oder Metropolen zu berichten, muss von journalistischem Anspruch geleitet sein und darf sich nicht dem Kostendruck beugen.

Der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk kommt seinem Auftrag in gleichem Maße auch in Sachen Bildung und Kultur nach. Bildung und Kultur haben substanziellen Anteil am Programmangebot und werden angemessen budgetiert und personell ausgestattet.

Kultur in ihrer breiten Vielfalt ist ein wichtiger Baustein und Ausdruck der demokratischen Gesellschaft. Diese Vielfalt gilt es umfangreich zu präsentieren und dokumentieren. Das betrifft alle Disziplinen wie Musik, Literatur, Theater, Bildende Künste und andere. Besonderes Augenmerk wird dabei auf den aktiven Förderaspekt gelegt, beispielsweise durch eigene Produktionen sowie die Unterstützung von regionalen Künstlern.

Der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk setzt mit eigenen Klangkörpern wie Orchestern, Big Bands und Chören Akzente im kulturellen Leben und engagiert sich im Bereich der Radiokunst Hörspiel.

Die Archive des neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind frei zugänglich. Sie sind wesentliche Wissens- und Identitätsspeicher unserer Gesellschaft und somit von großer kultureller und historischer Bedeutung mit immenser Strahlkraft. Aus den Archiven, die er kontinuierlich in breitem Umfang erweitern sollte, kann der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk anhaltend schöpfen und sich und die Gesellschaft damit der Relevanz von Kultur und Bildung versichern.

Die Inhalte der Archive und Mediatheken des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind dauerhaft abrufbar. Die bereits gesendeten Beiträge und Produktionen stehen zeitlich unbegrenzt zur Verfügung. So kann jederzeit auf das kollektive Gedächtnis der Gesellschaft zurückgegriffen werden. Dies ist für die öffentliche Meinungsbildung unverzichtbar.

Der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk verfügt über eine von Rundfunkbeiträgen finanzierte, nicht kommerzielle Internetplattform für Kommunikation und Austausch. Diese verwendet offene Algorithmen und handelt nicht mit Nutzerdaten. Er setzt in diesem Raum ein Gegengewicht zu den kommerziellen Anbietern, weil ein zensurfreier, gewaltfreier Austausch zu den Kernaufgaben des neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunks gehört.

Qualitätsjournalismus braucht eine solide Basis. Im neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk arbeiten überwiegend fest angestellte Journalisten, damit sie weitestgehend frei von ökonomischen und strukturellen Zwängen sind. Dadurch sind sie unabhängig und ausschließlich dem Pressekodex verpflichtet. Für Recherche steht ausreichend Zeit zur Verfügung. Die individuelle Verantwortung des Redakteurs bzw. Reporters muss gewährleistet sein und nicht zentralistisch von einem Newsroom oder Newsdesk übernommen werden.

Journalistische Autonomie ist ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung journalistischer Qualität und Meinungsvielfalt. Deshalb wird die Weisungs-Ungebundenheit redaktioneller Tätigkeit im Hinblick auf Themenauswahl, Themengestaltung und Mitteleinsatz nicht nur in Redaktionsstatuten, sondern auch in den Landespressegesetzen und Rundfunk-Staatsverträgen festgeschrieben.

Outsourcing ist kontraproduktiv. Es verhindert öffentliche Kontrolle und fördert Lohndumping. Die Produktion von Programminhalten,

die Bereitstellung von Produktionstechnik und -personal sowie die Bearbeitung von Publikumsrückmeldungen erfolgen deshalb durch die Sender.

Der neue (wie auch der jetzige!) öffentlich-rechtliche Rundfunk steht nicht in Konkurrenz zu den privaten Medien. Daher wird die vorrangige Bewertung nach Einschaltquoten bzw. Zugriffszahlen abgeschafft.

Die Stabilität unserer Demokratie erfordert einen transparent geführten neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk als offenen Debattenraum. Zu dessen Eckpfeilern gehört die Unabhängigkeit der Berichterstattung, die Abbildung von Meinungsvielfalt sowie die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern.

Erstunterzeichner des Manifests:

- Christoph Abée | Designer, Dozent, Komponist, Musiker
- Michael Andrick | Philosoph und Autor
- Dr. rer. nat. Gerd Antes | Mathematiker und Methodenwissenschaftler
- Patrik Baab | Publizist, ehem. Redakteur beim NDR
- Isabelle Barth | Schauspielerin, Sprecherin und Künstlerin
- Bastian Barucker | Autor & Wildnispädagoge
- Kerstin Behnke | Dirigentin
- Frederic Belli | Soloposaunist SWR Symphonieorchester
- Volker Birk | Software-Architekt und Aktivist für Bürgerrechte
- Georg Blank | Kameramann, WDR
- Tom Bohn | Autor, Regisseur, Veranstalter

- Julia Braun | ehemalige feste Freie – ARD-Redakteurin / Kinderfernsehen
- Volker Bräutigam | Journalist und langjähriger Mitarbeiter des NDR (ARD-Tagesschau und NDR-Hauptabteilung Kultur)
- Philine Conrad | Schauspielerin
- Michael Denhoff | Komponist & Cellist
- Dorian Dragoi | Bildgestalter, BR
- Sabine Erbler | Cutterin beim WDR
- Franz Esser | München, Musik-Kabarettist
- Petra Fischer | bis 2022 rbb
- Silvia Fischer | Szenenbildnerin und ehemalige Radiomoderatorin
- Jens Fischer Rodrian | Musiker, Lyriker, freier Publizist
- Lisa Fitz | Kabarettistin, Schauspielerin
- Jürgen Fliege | ARD Talkshow Moderator i.R.
- Anja Franke | Schauspielerin u. a. im öffentlich-rechtlichen Rundfunk
- Romanus Fuhrmann | Schauspieler und Sprecher
- Dr. Ulrike Guérot | Politikwissenschaftlerin und Publizistin
- Gabriele Gysi | Schauspielerin und Regisseurin
- Andreas Halbach | Freier Mitarbeiter ZDF
- Reinhart Hammerschmidt | Freischaffender Musiker im Bereich Neue Musik und Improvisation
- Anny Hartmann | Diplom-Vokswirtin und politische Kabarettistin
- Silke Hasselmann | Deutschlandradio, Landeskorrespondentin für MV
- Andrea Haubold | Orchestermusikerin Berlin
- Carlo Himmel | Schauspieler
- Beate Himmelstoß | ehem. Sprecherin beim BR

- Bianca Höltje | Pädagogin, Beraterin von Schulgründungsinitiativen
- Henry Hübchen | Schauspieler
- Claudia Jakobshagen | Schauspielerin, Sprecherin, RBB
- Luc Jochimsen | ehemalige Chefredakteurin hr-Fernsehen
- Käthe Jowanowitsch | freie Journalistin, Deutschlandfunk und WDR
- Kristof Kannegießer | Kameramann und Autor, RBB
- Corinna Kirchhoff | Schauspielerin
- Carlo Kitzlinger | Schauspieler, Lufthansa Captain AD
- Friedhelm Klinkhammer | ehem. GPR-Vorsitzender im NDR
- Astrid Kohrs | Schauspielerin
- Dieter Korbely | Beirat „Wir sind Medien“ und Medienkritiker
- PD Dr. Axel Bernd Kunze | Erziehungswissenschaftler
- Norbert Lamm | Virologe & Molekulargenetiker
- Barbara Leitner | über 25 Jahre freie Hörfunkautorin u. a. im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, jetzt Coach und Kommunikationstrainern (GfK in KiTa und Schule)
- Ulrich Lipka | Radiosprecher DLF Kultur
- Thorolf Lipp | Vorstand Deutsche Akademie für Fernsehen e.V.
- Dr. Johannes Ludwig | Professor u.a. für Investigativen Journalismus
- Dr. Christoph Lütge | TU München, ehem. Mitglied des Bayerischen Ethikrats
- Doreen Luther | Technikerin im Hörfunkbetrieb, rbb
- Henrike Madest | ehemalige freie Mitarbeiterin WDR
- Almut Masuth | Musikerin und Agentin
- Uli Masuth | Kabarettist, Komponist, Klavierist
- Dr. rer. nat. Jörg Matysik | Chemiker, Universität Leipzig

- Dr. Michael Meyen | Professor für Allgemeine und Systematische Kommunikationswissenschaft an der LMU
- Bettina Minutillo | ehemalige Redakteurin bei Printmedien
- Dr. Klaus Morawetz | Dresden
- Renée Morloc | Opernsängerin
- Annekatriin Mücke | Freie Journalistin beim rbb
- Jürgen Müller | Rechtsanwalt, Kinderrechte Jetzt e. V., Wir-Gemeinsam-Bündnis
- Maren Müller | Vorsitzende Ständige Publikumskonferenz
- Alessandro Nania Pacino | Schauspieler
- Cornelia Nenz | ehemalige Vorsitzende des NDR-Rundfunkrates
- Franz Neumeyer | Coach, Initiative Bildungswandel
- Jeana Paraschiva | Schauspielerin und Regisseurin
- Harring Petersen | ehemaliger Produktions-Ingenieur im LFH SH, NDR
- Richard Petersen | Ingenieur im LFH SH, NDR, seit 2022 Rentner
- Christoph Poppen | Dirigent, ehem. Chefdirigent Deutsche Radiophilharmonie, ehem. Leiter ARD-Musikwettbewerb
- Christine Prayon | Kabarettistin (lange Zeit heute-show, ZDF)
- Manuel Rabbe | Creative Director
- Michy Reincke | Musiker
- Martina Reitmann | stellv. Solo-Hornistin der Deutschen Radio Philharmonie, SR
- Alexa Rodrian | Lyrikerin, Musikerin und freie Autorin
- Martin Ruthenberg | ehemaliger Sprecher und Moderator des SWR
- Michael Sailer | Blogger
- Arnd Schimkat | Schauspieler

- Bettina Schmidt | ehemalige Redakteurin DLF-Kultur
- Eva Schmidt | Radio München
- Kathrin Schmidt | Schriftstellerin, Deutscher Buchpreis 2009
- Michael Schmidt | ehem. Redakteur des NDR MV, Mitglied des NDR-Rundfunkrates
- Andrea Schömmel | Aufnahmeleiterin, SWR Baden-Baden
- DDr. Christian Schubert | Psychoneuroimmunologe, Universitätsprofessor an der Medizinischen Universität Innsbruck
- Christina Schütz | Musikerin
- Harald Schwaetzer | Philosophisches Seminar, Stuttgart
- Thomas A. Seidel | Vorstandsvorsitzender des Bonhoeffer-Haus e.V.
- Ole Skambraks | ehemaliger freier Mitarbeiter und Redakteur des MDR, WDR und SWR
- Markus Stockhausen | Musiker, Seminarleiter
- Tim Strecker | Kameramann & Oberbeleuchter
- -Ing. Beate Strehnitz | Beirat Wir sind Medien und Medienkritiker
- Alina Teodorescu | freischaffende Filmemacherin u. a. im öffentlich-rechtlichen Rundfunk
- Walter van Rossum | ehemaliger WDR-Autor, Medienkritiker und Investigativjournalist
- Harald von Herget | Fachanwalt für Gewerblichen Rechtsschutz
- Dr. Dr. phil. Harald Walach | CHS-Institute
- Raphaël Walter | Cellist
- Andrea Walz | Tontechnikerin, SWR Stuttgart
- Peter Welchering | Wissenschaftsjournalist
- Hans-Eckardt Wenzel | Sänger, Musiker, Autor, Komponist
- Tina Zimmermann | Bildende Künstlerin

sowie 33 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, deren Unterschriften bei Rechtsanwalt Dr. Harald von Herget (vonherget.ch) hinterlegt sind.

MITZEICHNEN!

Fühlen Sie sich angesprochen und wünschen auch Sie sich einen neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk?

Dann unterzeichnen Sie die Petition „Erneuerung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ bei [openpetition.de](https://www.openpetition.de)

Auszüge und Eckpunkte des Manifests für einen neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland

AUSGEWOGENHEIT UND FAIRNESS

Die Medien prägen das Menschenbild und das Miteinander in einer Gesellschaft. Fairness und Respekt stehen deshalb im Fokus unseres Handelns, sowohl innerhalb der Funkhäuser als auch im Umgang mit unserem Publikum. Die Mitarbeitenden des neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunks benutzen kein Framing und verwenden keine abwertenden Formulierungen.

Meinungs- und Informationsvielfalt

- Alle Ansichten und Perspektiven, die vom Grundgesetz gedeckt sind und die Menschenwürde achten, dürfen frei und ohne Vorbehalte geäußert werden. Minderheitenmeinungen und unbequeme Äußerungen werden gehört, diskutiert und dem Publikum zur freien Meinungsbildung angeboten.
- Bildung und Kultur haben substanziellen Anteil am Programmangebot und werden angemessen budgetiert und personell ausgestattet.
- Lokaljournalismus ist ein wesentliches Fundament des neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Größtmögliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger

- Das Publikum ist der Souverän des neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunks.
- Bürgerinnen und Bürger sind maßgeblich an der Kontrolle von Programm und Finanzen beteiligt.
- Der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk bietet eine Plattform für Austausch und Dialog – ein eigenes soziales Netzwerk, das offene Algorithmen verwendet und nicht mit Nutzerdaten handelt.

Unabhängigkeit

- Programmgestaltung erfolgt unabhängig von Einschaltquoten.
- Auf Werbeeinnahmen wird verzichtet.
- Kein Outsourcing von Produktionen und Abteilungen.
- Der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk kontrolliert die Politik und nicht umgekehrt.
- Drehtür-Effekte zwischen Politik und neuem öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind dank mehrjähriger Karenzzeiten ausgeschlossen.
- Festanstellungen für alle Mitarbeitenden, die es wünschen, insbesondere für Journalistinnen und Journalisten.
- Weisungs-Ungebundenheit im Hinblick auf Themenauswahl, Themengestaltung und Mitteleinsatz.

Transparenz

- Die Bezahlung aller Mitarbeitenden einschließlich Führungsposten bis hin zur Intendanz erfolgt strikt nach Tarifvertrag.
- Finanzflüsse jeglicher Art sind transparent und öffentlich einsehbar.
- Interessenkonflikte werden sichtbar und hörbar kommuniziert.
- Kontrollgremien des neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunks tagen öffentlich. Programm- und Auftragsentscheidungen werden dokumentiert und sind einsehbar.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Beitrag erschien zunächst unter dem Titel „**Manifest für einen neuen öffentlich rechtlichen Rundfunk in Deutschland**“

(<https://gewerkschaftsforum.de/manifest-fuer-einen-neuen-oeffentlich-rechtlichen-rundfunk-in-deutschland/>)“ beim **Gewerkschaftsforum** (<https://gewerkschaftsforum.de>). Das gesamte Manifest finden **hier** (<https://meinungsvielfalt.jetzt/manifest.html?>

<file=files/pdf/Manifest%20fu%CC%88r%20einen%20neuen%20o%CC%88ffentlich-rechtlichen%20Rundfunk%20in%20Deutschland%20-%20meinungsvielfalt.jetzt.pdf&cid=690>) als PDF.



Das **Gewerkschaftsforum** ist ein Internetjournal, das sich vorrangig mit gewerkschaftlichen Themen, aber auch mit sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen kritisch auseinandersetzt. Es wurde Ende 2013 von Gewerkschaftsaktivisten in Dortmund gegründet und möchte auf die Interessen der Mächtigen aufmerksam machen, den gewerkschaftlichen Kampf der Beschäftigten begleiten und den immer leiser gewordenen erwerbslosen und armen Menschen eine Stimme geben. Weitere Informationen unter **gewerkschaftsforum.de** (<https://gewerkschaftsforum.de>).